HANS-JÜRGEN BURKARD / BILDERBERG

Ölraffinerie (im sibirischen Irkutsk), Büfett bei einer Millionärsparty (in St. Petersburg): *„Das Reformtempo könnte höher sein, die Richtung*

SPIEGEL-GESPRÄCH

„Im Westen wartet keiner auf mich“

Der russische Milliardär Wiktor Wexelberg über die Expansionspläne seines Konzerns, Kapitalismus in seinem Heimatland und seine eigenen Anfänge als Unternehmer

SPIEGEL: Wiktor Felixowitsch, Russlands Wirtschaftsminister German Gref hat gerade Unternehmer angeprangert, die „durch ungesetzlichen Eigentumserwerb“ zu gewaltigen Vermögen gekommen seien. Statt auf der „Forbes“-Milliardärsliste würde er Sie lieber im Gefängnis sehen. Zeit, die Koffer zu packen?

Wexelberg: Keinesfalls. Ich glaube, dass Gref etwas anderes meint, nämlich, dass es in Russland noch immer kein zufriedenstellendes Gerichtssystem und Unternehmensrecht gibt, um privates Eigentum, auch das von großen Konzernen, vor unsauberen Übergriffen zu schützen.

SPIEGEL: Wenn nun schon der erklärte Reformer Gref solche Töne anschlägt – wer in der Regierung Putin steht überhaupt noch hinter Unternehmern wie Ihnen?

Wexelberg: Wir Unternehmer wünschen uns natürlich von Natur aus schnellere Reformen, doch müssen wir die Situation in unserem Land realistisch einschätzen. Das Reformtempo könnte höher sein, die Richtung stimmt.

SPIEGEL: Ist denn Russland auf dem Weg zu weniger Staat?

Wexelberg: Nein, das nicht. Aber es gibt ja Reformen. Natürlich ist es wahr, dass der Staat in letzter Zeit seine Besitzanteile an den Öl- und Gasvorkommen des Landes vergrößert hat. Ich sehe darin kein großes Problem, wenn der Staat in strategisch wichtigen Sphären der Wirtschaft wieder stärker tätig wird – sofern es mit marktwirtschaftlichen Methoden zugeht.

SPIEGEL: Das ist ein Widerspruch in sich.

Wexelberg: Nur dann, wenn der Staat die Regeln des Wettbewerbs verletzt, wenn er die Einflussmöglichkeiten des Apparats für sich nutzbar macht. Dass der Staat die Kontrolle über das Erdöl an sich zieht, lässt sich genauso in Norwegen, Venezuela, Mexiko oder Brasilien beobachten. Dort handelt der Staat zum Vorteil der Bürger.

SPIEGEL: Kann man das von den Spitzen der Kreml-Verwaltung, die in allen entscheidenden Aufsichtsräten und Vorständen sitzen, auch behaupten?

Wexelberg: Die erste entscheidende Frage im Ölgeschäft ist der Zugang zu den Pipelines, und dabei wird uns Privatunternehmern der uns zustehende Anteil an Fördermenge eingeräumt. Die zweite Frage dreht sich um den Zugang zu den Lagerstätten. Der Staat will ihn gesetzlich begrenzen, hat das aber bisher nicht getan. Bei Ausschreibungen treten wir unverändert gegen Staatsfirmen an.

SPIEGEL: Sie nutzen den Ihnen verbleibenden Raum, der aber ständig kleiner wird. Fürchtet Ihr Joint-Venture-Partner BP nicht langsam um seine mindestens sechs Milliarden Euro Investitionen?

Wexelberg: Unser Joint Venture ist bis heute eine Ausnahme im russischen Ölgeschäft, besonders weil meine Firma TNK und BP je 50 Prozent halten. So ein Unternehmen ist alles andere als einfach zu managen. Präsident Putin meinte, nachdem wir das Joint Venture unterzeichnet hatten, er würde sich sehr wundern, wenn wir das hinbekämen. Jetzt, zweieinhalb Jahre später, kann ich sagen: Wir sind mit unseren Ergebnissen zufrieden. Die internationale Erfahrung und technische Perfektion von BP und unser Unternehmergeist passen zueinander.

PAWEL KASSIN

Wiktor Wexelberg

gilt mit einem Vermögen von angeblich 6,1 Milliarden Dollar als drittreichster Mann Russlands. Der promovierte Mathematiker Wexelberg, 48, begann seine unternehmerische Laufbahn noch unter Michail Gorbatschow mit Importgeschäften, vor allem von Computern. Unter dem Dach der 1991 gegründeten und nun auf den Bahamas registrierten Investment-Holding Renova vereinigt er lukrative Erwerbungen aus der Zeit der Privatisierung von Staatsbetrieben – allen voran seine Anteile am Erdölkonzern TNK-BP und am Aluminiumkonzern SUAL, der rund 20 Prozent der russischen Jahresproduktion bestreitet. Begehrlichkeiten der Kreml-Führung beugt der Unternehmer durch Loyalität und Mäzenatentum vor.

Das Gespräch führten die Redakteure Walter Mayr und Gerhard Spörl.

DANIEL BISKUP / BOEHMEDIA

stimmt“

SPIEGEL: Die EU forderte Russland vor kurzem auf, Gemeinschaftsunternehmen zu erleichtern. Ist Ihr Joint Venture das Modell dafür?

Wexelberg: Ich selbst werde mehr und mehr zum Verfechter dieses Modells. Wenn beide Seiten gleich viel besitzen, sind sie dazu verurteilt, Kompromisse zu finden. Das ist besonders wichtig in Russland, wo nach meiner Überzeugung jeder ausländische Investor einen einheimischen Partner haben sollte, weil russische Gesetze ihre Besonderheiten haben.

SPIEGEL: Zum Beispiel können Steuergesetze rückwirkend so angewandt werden, dass milliardenschwere Konzerne wie Jukos in kürzester Zeit zugrunde gehen.

Wexelberg: Aus Gründen, die Sie verstehen werden, will ich den Fall Jukos nicht im Detail erörtern. Inzwischen hat sich gezeigt, dass es sich dabei um eine Ausnahme handelt, eine sehr schmerzliche allerdings. Es ging damals nicht um wirtschaftliche Fragen …

SPIEGEL: … sondern um die Person des Mehrheitseigentümers Michail Chodorkowski. Steckt hinter dem Zusammengehen mit ausländischen Partnern, wie Sie es neben dem Ölgeschäft auch bei Ihrem Aluminiumkonzern SUAL anstreben, der Wunsch nach politischer Rückversicherung?

Wexelberg: Nein, bei SUAL geht es eher um neue Märkte in Osteuropa, in Kuba und Afrika. Im Übrigen dienen russische Joint Ventures mit ausländischen Unternehmen keineswegs vor allem der Absicherung gegen politische Übergriffe von oben. Erstens böten sie im Ernstfall wohl kaum wirksamen Schutz, zweitens zählen für uns ausschließlich geschäftliche Erwägungen, denn wir wollen ein internationaler Konzern sein und weltweit operieren. Auch in Deutschland sehen wir uns nach interessanten Partnern um.

SPIEGEL: In Amerika hat es einst rund 50 Jahre gedauert, bis der wildwuchernde Kapitalismus einigermaßen gezähmt war. Wie lange dauert es in Russland?

Wexelberg: Mit Sicherheit weniger als 50 Jahre. Wollen Sie wissen, wie ich meine erste Million verdient habe?

SPIEGEL: Natürlich, wenn Sie die wahre Geschichte erzählen.

Wexelberg: Meine Geschichte könnte sich niemand ausdenken. Als Michail Gorbatschow Ende der achtziger Jahre erstmals private Geschäfte per Gesetz erlaubte, war ich gerade Laborleiter einer Firma, die Erdöl förderte. Das war seit langem mein Gebiet, ich war viel auf den Ölfeldern unterwegs. Damit sich dort die Pumpen drehten, waren Elektrokabel zum Antrieb nötig. Und weil unser Land damals reich war, wurden die kilometerlangen Kabel nach einem Jahr auf den Müll geworfen.

SPIEGEL: Und da kamen Sie ins Spiel?

Wexelberg: Riesige Müllhalden waren entstanden, mit Kabeln voller Kupferstränge. Wir gründeten eine Kooperative und entwickelten eine einfache Technik, um Kupferstrang und Ummantelung zu trennen. Niemand wusste, was Kupfer wert war, und so haben wir für eine Tonne nur umgerechnet 100 Dollar bezahlt. Verkauft haben wir das Kupfer über staatliche Außenhandelsfirmen – und zwar an große deutsche Firmen. Wir bekamen etwa 3000 Dollar pro Tonne. Nach einem Jahr schlug der Staat zu. Mit dem wilden Unternehmertum war es vorbei.

SPIEGEL: Was haben Sie mit Ihrer ersten Million gemacht?

Wexelberg: Wir haben das Geld nicht ausgegeben, weder für Wohnungen noch für Autos, Datschen oder Yachten. Wir trugen auch keine roten Jacketts wie die neuen Russen. Wir kauften mit unserem Geld Anteilsscheine für die Privatisierung. So kamen wir zu profitablem Besitz, zu echten Aktiva. Das war entscheidend.

SPIEGEL: Und binnen 15 Jahren brachten Sie es auf ein Vermögen von sechs Milliarden Dollar. Es könnte noch mehr werden, wenn Sie Ihre Gaslagerstätten wie gewünscht entwickeln dürften.

Wexelberg: Unserem Joint Venture gehört das Gasfeld in Kowykta, das größte Vorkommen im gesamten russischen Osten, und es ist reif zur Erschließung.

SPIEGEL: Nur der vom Staat kontrollierte Gasprom-Konzern spielt nicht mit. Er verweigert Ihnen den Zugang zum Pipeline-Netz.

Wexelberg: Gasprom ist ein Monopolist, trotz aller Vorstöße, dies zu ändern. In der Tat müsste zuallererst per Gesetz auch beim Gas der Zugang zum Pipeline-Netz für alle ermöglicht werden, so wie es beim Öl jetzt schon ist. Wir machen uns zwar keine Illusionen, aber auch im Gasgeschäft gibt es Anlass zur Hoffnung.

SPIEGEL: Die Regierung Putin ist seit längerem dabei, Gasprom zur zentralen Säule russischer Rohstoffpolitik aufzurüsten.

Wexelberg: Wir bauen deshalb in den kommenden drei Jahren unsere eigene Pipeline, von den Lagerstätten bis nach Irkutsk. Schon in der ersten Erschließungsphase wollen wir vier Milliarden Kubikmeter Gas fördern.

SPIEGEL: Das klingt wie eine Kampfansage an Gasprom.

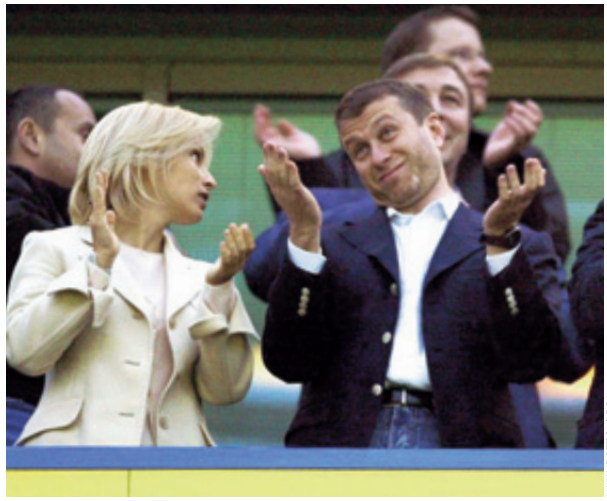
Wexelberg: Uns geht es nicht darum. Wir hoffen, dass die Regierung in den nächsten sechs bis neun Monaten Klarheit in Sachen Kowykta und anderen Vorkommen im Osten des Landes schafft. Wir denken, dass die besten Märkte für unser Gas in Südostasien liegen, in China und Korea, und wir hoffen auf die Unterstützung der russischen Regierung.

SPIEGEL: Hat Gasprom-Chef Alexej Miller, wenn er etwa mit Ihnen über die gemeinsame Erschließung von Kowykta verhandelt, eigentlich Entscheidungsvollmacht, oder muss er mit dem Kreml telefonieren?

Wexelberg: *(lacht)* Natürlich hat Miller Vollmachten. Aber es ist doch selbstverständlich, dass bei einem Konzern, dessen Mehrheitsaktionär der Staat ist, dieser seinen Einfluss auch geltend machen will. Endgültige Entscheidungen gegen die Interessen des Hauptaktionärs sind bei keinem Unternehmen vorstellbar.

SPIEGEL: Andere russische Oligarchen wie Roman Abramowitsch verlegen sich auf Fußballclubs im In- und Ausland. Steht Ihnen danach der Sinn?

Wexelberg: Das habe ich nicht vor. Natürlich braucht jeder was für die Seele. Bei mir ist das eher die Kunst. Deshalb habe ich mit Freunden eine Stiftung für russische Kunst gegründet. Wir kaufen viel.



NICK POTTS / DPA

Oligarch Abramowitsch: *„Was für die Seele“*

SPIEGEL: Auch im Ausland verstreute Kleinode wie die Ostereier des zaristischen Hofjuweliers Carl Fabergé, die Ihnen 100 Millionen Dollar wert waren?

Wexelberg: Ja, wir haben eine Wohltätigkeitsstiftung ins Leben gerufen, deren Ziel es ist, russische Kunstwerke in unser Land zurückzuholen, vor allen Dingen solche von historischer Bedeutung. Ein besonders kompliziertes Unterfangen ist dabei die Rückführung jener 18 Glocken, die einmal zum Moskauer Danilow-Kloster gehörten und heute in Harvard hängen. Wir haben zudem vereinbart, im St. Petersburger Schuwalow-Palais ein Museum einzurichten, in dem künftig private Sammlungen ausgestellt werden können. In Moskau haben wir Ähnliches vor. Das werden die ersten größeren privaten Museen Russlands.

SPIEGEL: Sie sagten vor kurzem, Ihr Engagement für die Kunst diene unter anderem dazu, dem unerfreulichen Eindruck entgegenzuwirken, den russische Geschäftsleute im Ausland hinterließen.

Wexelberg: Der Westen steht russischen Geschäftsleuten zurückhaltend bis ablehnend gegenüber. Ich will niemandem etwas beweisen, aber es ist einfach so, dass die meisten von uns ihr Land lieben und stolz auf ihre Heimat sein wollen.

SPIEGEL: In Russland sind nacheinander die Milliardäre Wladimir Gussinski, Boris Beresowski und Michail Chodorkowski entmachtet worden, Abramowitsch hat inzwischen fast alles verkauft, Michail Fridman ist unter Beschuss geraten. Es gab kaum Protest – weil diese Unternehmer Juden sind und es latenten Antisemitismus gibt?

Wexelberg: Der alltägliche Antisemitismus ist nicht zu leugnen. Ich habe ihn selbst häufig zu spüren bekommen, obwohl ich unter Juden nicht als Jude gelte, da meine Mutter Russin ist. Die Russen wiederum halten mich nicht für einen Russen, weil mein Vater Jude ist. Auf staatlicher Ebene aber ist von Antisemitismus nichts zu spüren. Ich habe viele Freunde in der Regierung, unter den Entscheidungsträgern, das sind kultivierte, gutausgebildete Menschen, die verstehen, dass Russland ein Vielvölkerstaat ist, in dem nationalistischen Strömungen kein Raum gegeben werden darf. Der Schaden wäre enorm.

SPIEGEL: Wollen Sie es nicht demnächst Roman Abramowitsch gleichtun, Ihre Beteiligungen verkaufen und Gouverneur im Fernen Osten werden? Die Halbinsel Kamtschatka ist für Sie im Gespräch.

Wexelberg: Wenn ich, was bisher offiziell nicht geschehen ist, das Angebot erhielte, Gouverneur zu werden, würde ich es äußerst ernsthaft prüfen. Ich bin Russe, meine Zukunft liegt in Russland, und im Westen wartet ohnehin keiner auf mich. Ich sehe meine Zukunft hier zuversichtlich. Es würde mir sehr leidtun, wenn ich mich darin getäuscht haben sollte.

SPIEGEL: Wiktor Felixowitsch, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

NIEHUES / ADVANTAGE

Legehühner (in Niedersachsen): *„Freiland" ist nur noch ein Etikett*

GEFLÜGELZUCHT

Unter Dach im Fach

Die Vogelgrippe erreicht die großen deutschen Hühnerzüchter und Legebatterien – noch bevor der erste Stall betroffen ist. Das Virus dürfte vor allem eines verändern: die hiesige Tierhaltung.

Wild und Geflügel" – der Schriftzug über dem Schaufenster klingt in diesen Tagen eher nach Warnung als nach Einladung. Ratlos steht Eleonore Weidler in ihrer Hamburger Metzgerei. „Bis vor wenigen Wochen hatten wir etwa 80 Kunden pro Tag", sagt sie. „Nun sind es noch 20."

Wenn es so weitergehe, müsse sie den Laden bald dichtmachen oder auf anderes Fleisch umsteigen. Ihre drei Verkaufshilfen blieben schon jetzt öfter zu Hause. Dabei wisse doch mittlerweile jeder, dass Hähnchenkeulen vom Grill oder Putenbraten aus dem Ofen bedenkenlos gegessen werden können – selbst wenn das Tier am Vogelgrippe-Virus gestorben sein sollte.

Weidlers Problem ist das einer kompletten Branche: Weniger die Angst vor dem Virus bestimmt das Verhalten der deutschen Fleischverbraucher. Entscheidend sind die Bilder im Kopf – tote Schwäne auf Rügen, verseuchte Enten in Kadaversäcken. Wenn einem da nicht der Appetit vergeht?

Dabei hat gerade die Geflügelindustrie dank mancher Ekelbilder aus anderen Bereichen des Fleischhandels in der Vergangenheit ordentlich wachsen können. Der Rinderwahnsinn trieb die Konsumenten vom Wurststand zum Hähnchengrill, vom Rinder- zum Geflügeltresen. Vor allem der Putenabsatz konnte von BSE profitieren.

Geflügel, leicht und gesund – dieses Image hat die Branche erfolgreich gepflegt: Von 1998 bis 2003 stieg der Pro-Kopf-Konsum denn auch um satte 20 Prozent. Doch jetzt gerät die Industrie ins Trudeln. Der Umsatz mit Geflügel breche in manchen Filialen bereits bis zu einem Drittel ein, berichten Mitarbeiter großer Handelsketten.

Die Bauern in Niedersachsen, wo etwa die Hälfte der deutschen Hühner und Puten gehalten werden, wollen von Zukunftsangst aber erst mal nichts wissen. Landwirt Heribert Kolhoff aus Goldenstedt-Varenesch zum Beispiel kämpft mit stoischem Fatalismus gegen die heranrückenden Viren an.

Er überprüft im Stall die Atemgeräusche seiner Hühner und am Computer Wasser- und Futterverbrauch: 180 Gramm Futter und 250 Milliliter Wasser pro Tag und Tier – die Messung lässt auf gute Gesundheit schließen. „Grippekranke trinken mehr und fressen weniger. Das ist wie bei uns Menschen."

„Desinfizieren und hoffen", sagt Kolhoff, „etwas anderes bleibt uns nicht übrig." 60 Cent pro Kilogramm Hähnchenfleisch hat der Bauer für seine letzte Lieferung bekommen. Vor vier Monaten waren es noch 68 Cent.

Auch Paul-Heinz Wesjohann, Chef des Branchenführers PHW-Gruppe (Marke: „Wiesenhof"), setzt auf Vorsorge: „Wir haben seit Oktober zwischen zwei und drei Millionen Euro in den Schutz vor einem Übergriff des Virus auf unsere Nutztiere investiert, wir beherrschen das." Er hat Desinfektionsschleusen einrichten lassen und